

BERLIN AKTUELL



**BÄRBEL
BAS**



**MAHMUT
ÖZDEMİR**

*NEWSLETTER DER
DUISBURGER
BUNDESTAGSABGEORDNETEN*

FÜR DUISBURG IN BERLIN.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.: MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: JOHANNES JIANG

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarische Sommerpause ist vorbei, die politische Arbeit in Berlin ist wieder in vollem Gange. In der ersten Sitzungswoche seit etwas mehr als zwei Monaten beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit dem Haushalt für das Jahr 2015.

Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden – das soll 2015 zum ersten Mal nach vierzig Jahren wieder gelingen. Zu Recht wird die Große Koalition von allen Seiten dafür gelobt. Denn hier geht es nicht einfach um eine historische Wegmarke, sondern um Gerechtigkeit, vor allem um Generationengerechtigkeit. Die Last der Schulden trägt hauptsächlich immer die nächste Generation. Damit muss jetzt endlich Schluss sein.

Dass gute Haushaltspolitik nicht nur Sparen bedeutet, sondern auch Gestaltung, hat die Koalition bereits mit dem Haushalt für 2014 bewiesen. Sie setzt diese Linie jetzt mit dem Entwurf für 2015 konsequent fort.

Wir investieren in Deutschlands Zukunft und halten unsere Versprechen. Da, wo der Entwurf der Regierung aus unserer Sicht noch Nachbesserungsbedarf enthält, werden wir dies verantwortungsvoll tun. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten, etwa im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt, zeigen: Das historische Ziel eines Haushaltes ohne neuen Schulden ist kein Selbstläufer.

Des Weiteren gedachte der Bundestag dem Ausbruch des 2. Weltkrieges, die SPD-Bundestagsfraktion feierte zudem ihr 65-jähriges Bestehen.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



BERLIN AKTUELL XIV/2014

Inhaltsverzeichnis

GERECHTIGKEIT Keine Politik zulasten künftiger Generationen!	3
HAUSHALT Haushalt 2015: Keine Schulden – aber viel Gestaltung	5
2. WELTKRIEG Gedenken an Ausbruch des 2. Weltkriegs	8

TOP-THEMA

GERECHTIGKEIT

Keine Politik zulasten künftiger Generationen!

Traditionell ist die Beratung des Bundeskanzleramt-Etats in einer Haushaltswoche Anlass zur so genannten Generaldebatte im Bundestag. Die Regierung bzw. die Regierungsfractionen stellen ihr Arbeitsprogramm vor und thematisieren wichtige Grundsatzzorhaben, die Opposition setzt sich kritisch mit der Arbeit der Regierung auseinander.

3

SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann machte in seiner Rede einen Parcours über die wichtigsten Themenfelder. Dabei widmete er sich ausführlich der Krise in der Ukraine. Es sei ein starkes Signal vom Nato-Gipfel ausgegangen, bei dem alle 28 Mitgliedsländer eine gemeinsame Linie gezeigt hätten. „Die Nato und die EU stehen fest zusammen“, sagte Oppermann. Er warnte zugleich vor einem „Kleinreden der Sanktionen“ und der diplomatischen Bemühungen, denn: „Diese Krise lässt sich nicht mit militärischen Mitteln lösen“.

Keine neuen Schulden mehr 2015

Ein großer Aspekt seiner Ausführungen betraf die deutsche Wirtschaft, die momentan recht gut dastehe (Ausfuhrrekord, starke Binnennachfrage, hohe Steuereinnahmen). Deshalb sei es so wichtig, im Jahr 2015 erstmals einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. „Das ist eine historische Zäsur“, sagte Oppermann. Nur mit einem ausreichenden finanziellen Spielraum könne der Staat investieren und gestalten. Das wichtigste Signal dieses ausgeglichenen Haushalts aber sei: „Wir betreiben keine Politik zulasten künftiger Generationen“. Der Fraktionschef zählte auf, wie stark die Länder und Kommunen in den nächsten Jahren vom



Bund unterstützt werden, einige Leistungen werden sogar komplett vom Bund übernommen (Bafög).

Und doch: Es droht ein Investitionsstau, konstatierte Oppermann. Das könne zum Problem der ganzen Volkswirtschaft werden. „Wir leben momentan von der Substanz“, so Oppermann. Allein beim Verkehr müssten 7 Milliarden Euro mehr pro Jahr investiert werden.

Deshalb komme es nun auf zwei Dinge an. Erstens: Die Mautdebatte dürfe nicht auf die PKW-Maut verengt werden, sondern müsse auch die LKW-Maut erfassen. Diese soll erweitert werden fordert Oppermann. Es müsse stark in Engpassstellen des Verkehrs investiert werden: „Wir müssen kreative Wege suchen, wie privates Kapital stärker in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden kann – sofern das effizient und wirtschaftlich geschieht.“ Als Beispiel nannte Oppermann die großen Lebensversicherer. Die könnten künftig ihr Kapital zum Beispiel in die erneuerbaren Energien investieren statt in unsichere Finanzprodukte. Er stellt aber auch klar: „Autobahnen und Schienen bleiben öffentliches Eigentum“. Investitionen seien „kein Feld für ideologische Auseinandersetzungen“.

4

Der Fraktionsvorsitzende verwies auch auf den Fachkräftemangel. Diesem könne unter anderem mit besserer Nachqualifizierung von jungen Menschen begegnet werden. Dazu zähle auch die Erhöhung des Bafögs von 2016 an.

Frauenquote muss kommen

In dem Zusammenhang bekräftigte Oppermann, dass die Koalition mehr für Familien tun werde, etwa mit dem „Elterngeld plus“ und einem Pflegezeitgesetz. Ebenso werde die Frauenquote kommen. Die Männerdominanz in Aufsichtsräten habe mit einem Leistungsprinzip nichts zu tun.

Auch bei den explodierenden Mieten in Ballungsräumen werde die Koalition aktiv. Oppermann: „Die Mietpreisbremse muss kommen“. Die soziale Verdrängung dürfe so nicht weitergehen.

Schließlich mahnte Oppermann, die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme nicht allein zu lassen. Es sei klar, dass Deutschland Flüchtlinge aufnehme. Oppermann appellierte, dass es notwendig sei, sich vor allem auf diejenigen zu konzentrieren, die wirklich aus Kriegsgebieten



kämen und in Not seien. Er kündigte an: „Wir wollen ein europäisches Flüchtlingskonzept“. Die SPD-Fraktion werde dabei Bundesinnenminister Thomas De Maizière unterstützen.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann war schon am Ende seiner Rede im Bundestag angekommen, als er auf eines der wichtigsten Themen hinwies, die das Parlament beschäftigen: die zunehmend geringe Beteiligung an Wahlen in Deutschland. Jüngstes Beispiel ist die Landtagswahl in Sachsen. Oppermann mahnte: „Wir dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen, denn durch so geringe Wahlbeteiligung steigt der Einfluss rechtsextremer Parteien“. Die Politik dürfe diese Abwendung von der Demokratie nicht hinnehmen. Darum schlägt Oppermann ein Bündnis zur Wahlbeteiligung vor, getragen von allen Fraktionen im Bundestag.

Die SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn erklärte, dass die Nachricht über den Haushalt 2015 vor allem so erfreulich sei, weil die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates nicht darunter leiden werde. Auch sie mahnte mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur an. Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) seien in dem Kontext eine Maßnahme, vermögende Deutsche zu motivieren, ihr Kapital nicht im Ausland, sondern zum Beispiel in die hiesige Infrastruktur zu investieren. Voraussetzung: Kontrolle durch das Parlament, Transparenz und Wirtschaftlichkeit.

5

HAUSHALT

Haushalt 2015: keine Schulden – aber viel Gestaltung

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in 1. Lesung den Entwurf des Bundeshaushalts der Bundesregierung für das Jahr 2015 diskutiert. Am 9. September erfolgte die Einbringung des Bundeshaushalts 2015 im Parlament mit der anschließenden allgemeinen Finanzdebatte (Drucksache 18/2000).

„Mit dem Haushalt 2015, den die Regierung eingebracht hat, beginnt eine Zeitenwende“, sagte SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider in der Debatte. Es sei der erste Bundeshaushalt seit mehreren Jahrzehnten, der den Versuch unternehme, ohne Neuverschuldung auszukommen. Schneider hoffe, dass dies zu schaffen ist. Einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung



hatte es das letzte Mal 1969 gegeben. Die Große Koalition der 16. Wahlperiode hatte die Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte beschlossen. Der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD sieht einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung sowie die Sicherstellung der Investitionskraft von Bund, Ländern und Gemeinden in Verantwortung für künftige Generationen vor.

Ausgaben von fast 300 Milliarden Euro vorgesehen

Insgesamt umfasst der Bundeshaushalt 2015 Ausgaben in Höhe von 299,5 Milliarden Euro. Das sind 3 Milliarden Euro mehr als 2014. Für Verkehrsinvestitionen in Straßen, Schiene und Wasserstraßen wird 2015 1 Milliarde Euro zusätzlich bereitgestellt. Auch für die Städtebauförderung mit dem Programm Soziale Stadt stehen 2015 wieder 700 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 1. Januar 2015 übernimmt der Bund die Finanzierung des BAföG vollständig. Damit entlastet er die Länder um mindestens 1,17 Milliarden Euro. Für den Forschungsetat gibt es im nächsten Jahr 200 Millionen Euro mehr. Für die Eingliederung von Arbeitsuchenden in den Arbeitsmarkt stehen auch 2015 wieder 350 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Und schließlich werden Städte und Gemeinden 500 Millionen Euro höheren Anteil für den Bund an den Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie einen um 500 Millionen Euro höheren Anteil der Kommunen an der Mehrwertsteuer.

6

Carsten Schneider machte in der Debatte auch deutlich, dass es in Bezug auf die Steuerpolitik und die Verteilungsfrage bei SPD und Union unterschiedliche Standpunkte gibt. Doch man habe es erreicht, dass die Binnennachfrage künftig gestärkt werde. „Das Wichtigste ist dabei die ab Januar 2015 beginnende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns“, sagte Schneider. Dies bedeute zum Beispiel für ein Drittel der Beschäftigten in Thüringen, „die größte Lohnerhöhung, die sie je erreicht haben“. Schneider unterstrich zudem die Notwendigkeit höherer Tarifabschlüsse, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der gesamten finanzwirtschaftlichen Leistung stärker zu beteiligen.



Deutschland braucht mehr Investitionen

Schneider stellte klar, dass Deutschland mehr öffentliche und private Zukunftsinvestitionen brauche. Die Große Koalition wird deshalb die Investitionen in dieser Wahlperiode in die Verkehrsinfrastruktur um 5 Milliarden Euro, in Bildung um 6 Milliarden Euro und in die Forschung um 3 Milliarden Euro erhöhen. Schneider ist sich sicher, dass dies jedoch nicht ausreichen werde. Aus diesem Grund unterstützt er die Überlegungen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und Finanzminister Schäuble, Sparkapital in Deutschland für Investitionen in Unternehmen und in die öffentliche Infrastruktur zu akquirieren. Nur durch Investitionen könne Deutschland zukunftsfähig bleiben. Für eine Exportnation wie Deutschland sei es außerdem wichtig, dass der europäische Binnenmarkt funktioniere, deshalb seien zusätzliche Wachstumsimpulse notwendig. Um die Verursacher an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen, erwartet Schneider für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer substanzielle Fortschritte auf europäischer Ebene.

7

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Johannes Kahrs, erinnerte daran, dass der Bund im Jahr 2013 noch 22 Milliarden Euro neue Schulden machen musste. Im Jahr 2014 sind es immerhin noch 6,5 Milliarden Euro. In den letzten Haushalten sei vorbereitet worden, dass für 2015 keine Neuverschuldung vorgesehen sei. Deutschland müsse auch im Sinne der Generationengerechtigkeit solide wirtschaften und dürfe nicht in eine ähnlich schlechte Lage wie andere europäische Länder kommen.

Kahrs kündigte an, dass das Parlament in den kommenden Haushaltsberatungen Prioritäten vor allem bei Investitionen setzen werde. Mit Blick auf den gestiegenen Verkehrsinvestitionsetat forderte er im Sinne der Bürgerinnen und Bürger mehr Transparenz und Kontrolle.



2. WELTKRIEG

Gedenken an Ausbruch des 2. Weltkrieges

Am 1. September 1939 überfiel, ohne vorherige Kriegserklärung, die deutsche Wehrmacht Polen. Damit begann vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg, der bis 1945 in Europa wütete und Millionen Menschen das Leben kostete. An den Ausbruch dieser Katastrophe erinnerte am 10. September der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde. Als Gastredner war auf Einladung des Parlaments der polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski nach Berlin gekommen.

Bronislaw Komorowski, seit 2010 polnischer Staatspräsident, ist bereits seit vielen Jahren besonders engagiert in der deutsch-polnischen Aussöhnung. Bereits während seiner vorangegangenen Amtszeit als Präsident des polnischen Parlaments, dem sogenannten Sejm, gab es einen regelmäßigen Austausch mit seinem deutschen Amtskollegen Norbert Lammert (CDU).

Deutsch-polnische Freundschaft wie ein Wunder

Dieser eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Gedenkstunde, die an den deutschen Überfall auf Polen erinnerte. Mit ihm begann der Zweite Weltkrieg, der sechs Jahre dauern sollte und noch Jahrzehnte in Europa nachwirkte. Bundestagspräsident Norbert Lammert erinnerte dabei besonders an die zahllosen persönlichen Schicksale, die viele Familien bis heute prägen. Besonders Polen habe unter dem Krieg gelitten, auch die Familie von Komorowski war betroffen. Daher grenze es für Lammert an ein „Wunder“, dass gerade Polen und Deutsche heute nicht nur Nachbarn seien, die sich vertragen, sondern Freunde, die sich mögen.

Auch der polnische Staatspräsident unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der deutsch-polnischen Aussöhnung. Vor allem über die „außergewöhnliche Gegenwart“, in der junge Polen und Deutsche gemeinsam lernten und arbeiteten, zeigte er sich erfreut. Die enge Verbundenheit in den 25 Jahren seit dem Fallen des Eisernen Vorhangs sei einmalig in der Geschichte der beiden Länder, die über Jahrhunderte – vor allem für Polen – unheilvoll verlief und an die beide Redner erinnerten.

Der 62-jährige Pole erwähnte dabei auch die Solidarnosc-Bewegung in Polen sowie die friedlichen Demonstrationen in der ehemaligen DDR. Zwei Bewegungen, die nicht nur viel



Sympathie füreinander hatten, sondern auch Einfluss aufeinander nahmen. Mit vielen anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern hätten sie gemeinsam die Freiheit in Europa und dessen Einheit ermöglicht. „Was die Europäer verbindet, ist die Überzeugung, dass die Würde des Menschen unveräußerlich ist“, sagte Komorowski.

Zusammenstehen in Krisenzeiten

Freiheit und die Würde des Menschen, Werte die es stets zu verteidigen gilt. In beiden Ansprachen kam daher nicht nur die Vergangenheit zur Sprache. Gerade die aktuellen Herausforderungen, vor denen Polen und Deutschland sowie ganz Europa stehen, standen im Mittelpunkt der Reden. 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schockieren täglich Meldungen über Gewalt aus Syrien, dem Nahen Osten, aus dem Irak und der Ukraine. Vor diesem Hintergrund forderte Komorowski eine „deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft“, in der gemeinsam Antworten auf diese Gefahren zu finden sind und die die Freiheit Europas verteidigt. Er betonte gleichzeitig, dass diese Verantwortung nicht an den Grenzen der Europäischen Union ende. Vor allem das transatlantische Bündnis müsse weiter gestärkt werden, um Werte wie Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu verteidigen – sei es in Syrien, dem Irak und vor allem auch in der Ukraine. Zum Abschluss der Gedenkveranstaltung wurde die Europahymne gespielt.